

Der externe Standpunkt

Bilateraler Weg schwächt Schweizer Souveränität

Am 9. Mai verlieh die Neue Europäische Bewegung Schweiz den Europapreis an *alt Staatssekretär Franz von Däniken*. In seiner Dankesrede entwirft dieser eine neue Politik des Bundesrates

Wie kann die Schweiz ihre Souveränität in einer interdependenten Welt am besten wahren? Die Frage stellt sich für alle, die ein auf Selbstbestimmung ausgerichtetes Handeln für ein zentrales Attribut eines unabhängigen Staates halten. Sie spitzt sich im Verhältnis zur EU zu.

Schon 1992 gab es souveränitätsbewusste Schweizer, die einem Beitritt des Landes zum EWR ohne verbindliche Perspektive eines EU-Beitritts nicht zugestimmt hätten; zu gross waren die einseitigen Abhängigkeiten und die Bindungen, welche dieses Vertragswerk schuf. Als ich dem damaligen Bundesrat Delamuraz einmal sagte, dass die Schweiz per saldo an Souveränität gewinnen könnte, wenn sie der EU beitrete und einen Teil ihrer Souveränität auf die Union übertrüge, antwortete er: «Von Daeniken, tu es un intellectuel!» Mit anderen Worten: Sachlich magst du recht haben, doch politisch ist damit noch nichts gewonnen.

Der Befund, wonach die Schweiz infolge ihrer Abhängigkeiten von der EU zunehmend an Souveränität verliert und fremdbestimmt wird, hat seit dem letzten Sommer fürwahr nicht an Aktualität verloren. Der bilaterale Weg fördert die Souveränität nicht, sondern schwächt sie und macht die Schweiz druckanfällig. Die jüngsten Diskussionen um den Finanzplatz Schweiz illustrieren dies deutlich. Dabei sind Bankgeheimnis und Steuerpolitik nur die Spitze des Eisbergs. Der Vorgang der schleichenden Fremdbestimmung umfasst viele Lebensbereiche. «EU erzwingt liberalere TV-Werberegelung» lautete zum Beispiel eine Artikel-Überschrift in der NZZ vom November 2008. Es sträuben sich einem die Haare – nicht wegen des Inhalts, sondern wegen des Zwangs.

Was müsste der Bundesrat unternehmen, damit er dereinst von der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) den Europapreis entgegennehmen könnte?

● Die Regierung befasst sich regelmässig mit der Stellung der Schweiz in Europa, mit ihrem Verhältnis zur

Union. Sie nimmt politische Lagebeurteilungen vor und beschränkt sich nicht auf ein kleinliches Erbsenzählen. Lange Europaberichte braucht sie dafür nicht. Was gibt der Schweiz Sicherheit, was verschafft ihr Wohlstand, was sichert ihr den Frieden? Und was trägt die Schweiz dazu bei? Gibt es neben der Solidarität mit den Ärmsten der Welt auch eine Solidarität mit Europa, und worin besteht diese? So lauten die einer politischen Führung angemessenen Fragen. Ihnen stellt sich der Bundesrat routinemässig, gibt Antworten und bestimmt den politischen Handlungsbedarf.

● Der Bundesrat spricht innenpolitisch Klartext. Heute erwecken Verlautbarungen aus dem Bundeshaus oft den Eindruck, die Schweiz habe das Heft allein in der Hand. Realpolitik verlangt demgegenüber, dass der Bundesrat offen auf die Abhängigkeiten und die wachsende Fremdbestimmung der Schweiz verweist. In seiner Rhetorik macht er deutlich, dass nicht nur die Schweiz Interessen gegenüber dem Ausland hat, sondern auch das Ausland gegenüber der Schweiz; und dass es eine entscheidende Rolle spielt, wie die Schweiz auf diese Interessen reagiert. Diese Sprache führt die Landesregierung auch im steten Diskurs mit den politisch bestimmenden

Franz von Däniken



ANNE MORGENSTERN

Franz von Däniken, 60, war 1999 bis 2005 Staatssekretär und Politischer Direktor im EDA. Im Auftrag des Bundesrats koordinierte er die bilateralen Verhandlungen II zwischen der Schweiz und der EU. Heute wirkt er als Delegierter der Drosos-Stiftung, die soziale Projekte im In- und Ausland fördert.

Kräften des Landes: mit der Wirtschaft, mit Parteien, mit Vertretern des Denkplatzes Schweiz. Er gibt, anders gesagt, europapolitische Impulse. ● Die aussenpolitischen Schwerpunkte werden neu festgelegt, und zwar so, dass sie der strategischen Lage des Landes in Europa gerecht werden. Die EU-Nichtmitgliedschaft entfremdet die Schweiz ihren Nachbarstaaten, weshalb den Beziehungen zu unseren Nachbarn und zu den Ländern der Union der höchste Stellenwert zukommt. Die Schweiz hat in den letzten Jahren neue Vertretungen in allen Weltgegenden eröffnet; auf Haiti, in Kamerun, in Angola, auf Madagaskar, in Armenien, in Aserbeidschan, in Nepal. Aber noch immer ist sie nicht in allen EU-Ländern vertreten. Die gleichzeitige Ausdünnung des diplomatischen Personals auf den Botschaften in den EU-Staaten – übrigens auch in Washington, der amerikanischen Hauptstadt! – lässt keinen anderen Schluss zu als den, dass die diplomatische Interessenwahrung in Europa an Priorität eingebüsst hat. Könnte es sein, dass die derzeit missliche aussenpolitische Lage der Schweiz, auch eine Folge falscher aussenpolitischer Prioritäten ist?

Nun, es ist unwahrscheinlich, dass der Bundesrat in absehbarer Zeit den Europapreis der Nebs erhalten wird. Er nimmt in Kauf, dass das Land nach und nach in die Stellung eines zugewandten Ortes ohne Mitspracherecht abgleitet. Dabei weiss er sich von einer Mehrheit der politischen Kräfte getragen. Und für den Rest gilt: Honi soit qui mal y pense!

Der Mangel an Gestaltungswillen dort, wo es für die Schweiz wesentlich darauf ankäme, hat viele Gründe. Die innenpolitische Polarisierung, der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz, stabile soziale Verhältnisse, die Leistungen des Denkplatzes Schweiz und anderes mehr mögen dazu beitragen. Beruht die europapolitische Lethargie aber nicht auch auf einer Unsicherheit bezüglich der Werte und Überzeugungen, welche die Schweiz in Europa zum Leuchten bringen könnte?